



»Ein wirklicher Revolutionär muss romantisch sein«

Ein Gespräch mit Aleida Guevara. Über ihren Vater Che, seine unveröffentlichten Schriften und sein Menschenbild

faulheit & arbeit

AfD stören

Tausende Menschen wollen in Augsburg Zeichen gegen rechts setzen. 2.000 Polizisten im Einsatz

3

Neoliberale erledigt

Wahlen in Mexiko: Linker Präsidentschaftskandidat López Obrador liegt laut Prognosen vorn

7

Historiker und Marxist

Für die Einheit des menschlichen Geschlechts: Ein Nachruf auf Domenico Losurdo

10

Fragment geblieben

Peter Hacks wollte ein Drama über Ulbricht schreiben – und scheiterte. Von Heinz Hamm

12



Willkommen in Europa

Plan der EU für den Umgang mit Flüchtlingen steht: Alle in Lagern internieren.

Von Ulla Jelpke

Zur Abschottung vor Flüchtlingen soll ein komplexes System aus Zäunen und Lagern in und außerhalb der EU errichtet werden

SRDIAN ZIVULOVIC/REUTERS

Solidarität untereinander kriegen die EU-Staaten nicht mehr hin, aber gegen die Schwächsten können sie sich noch verbünden: Das wesentliche Ergebnis des EU-Asylgipfels besteht darin, zur Abwehr von Flüchtlingen ein komplexes System aus Zäunen und Lagern zu errichten. Die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl spricht von einem »Anschlag auf das Recht auf Asyl und die Europäische Menschenrechtskonvention«.

Nachdem sich die zerstrittenen Staats- und Regierungschefs die Nacht zum Freitag um die Ohren geschlagen hatten, wurde als wesentliches Ergebnis der Beratungen verkündet, sogenannte Ausschiffungsplattformen (»disembarkation platforms«) in Drittstaaten zu schaffen, in die Flüchtlinge, die im Mittelmeer aufgegriffen wurden, zurückgeschoben werden sollen. Die Europäische Kommission soll hierfür zügig ein Konzept entwickeln. Das Flücht-

lingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) haben bereits ihre Mitwirkung zugesagt. Beide halten es für möglich und legal, aus Seenot gerettete Menschen »notfalls« auch in Lagern außerhalb der EU unterzubringen, um dann dort über ihren Asylantrag zu entscheiden.

In diesem Kontext will die EU die Kooperation mit der sogenannten libyschen Küstenwache weiter ausbauen. Deren Arbeit, so appelliert das Staatenbündnis in größtmöglichem Zynismus, dürfe man »nicht stören« – der Wink geht eindeutig in Richtung der zivilen Rettungsorganisationen, die Flüchtlinge vor dem Zugriff dieser kriminellen Truppe zu bewahren versuchen. Menschen, die von ihr aufgegriffen werden, werden schon seit langem in Lager gesteckt, in denen es regelmäßig zu Misshandlungen, Vergewaltigungen und gar Erschießungen kommt. Diplomaten des

Auswärtigen Amtes nannten die Bedingungen in diesen Lagern »KZ-ähnlich.«

Bislang hat sich zwar kein Staat außerhalb der EU zur Einrichtung solcher »Ausschiffungsplattformen« bereitgefunden, aber als Plan B beschlossen die EU-Staaten außerdem, »auf freiwilliger Basis« sogenannte kontrollierte Zentren innerhalb der EU zu errichten, in denen ein Mitgliedstaat Asylsuchende auf seinem Territorium unterbringen kann. Details hierzu wurden nicht einmal ansatzweise beschlossen, so dass letztlich die Mitgliedstaaten selbst über die Ausgestaltung dieser Lager entscheiden können. Es lässt sich leicht ausmalen, welchen Charakter sie etwa in Ungarn annehmen werden – oder in Italien, dessen Innenminister Matteo Salvini (Lega) erkennbar in faschistischer Tradition steht.

Die Grenzschutzagentur Frontex soll zudem aufgerüstet werden und ein erweitertes Mandat erhalten. Dem türki-

schen Diktator Recep Tayyip Erdogan wurden weitere drei Milliarden Euro zugesagt, damit er Flüchtlinge aus der EU fernhält. Zur Dublin-Regelung bzw. der »Sekundärmigration« von Asylsuchenden in andere EU-Länder, die CSU-Innenminister Horst Seehofer zu einem verbissenen Streit mit der Bundeskanzlerin motiviert hat, beschlossen die EU-Staaten in eher allgemeiner Form, die Mitgliedstaaten »sollten alle erforderlichen internen Rechtssetzungs- und Verwaltungsmaßnahmen« hiergegen treffen. Seehofer verweigerte am Freitag jede Stellungnahme zu den Gipfelergebnissen.

Scharfe Kritik äußerte Pro-Asyl-Chef Günter Burkhardt. Die EU schaffe »Zonen der Rechtlosigkeit« und »Lager der Hoffnungslosigkeit«. Die Kofraktionsvorsitzende der Linksfraction im Bundestag Sarah Wagenknecht sprach von einer »Bankrotterklärung der Humanität«.

Bundestag bewilligt Kredite für Griechenland



Berlin. Der Bundestag hat weitere Kredite im Wert von 15 Milliarden Euro für Griechenland bewilligt. Auf dieses Paket hatte sich die Euro-Gruppe geeinigt. Es ist die letzte Tranche aus dem seit 2015 laufenden dritten Programm. Für einen Antrag des Bundesfinanzministeriums stimmten am Freitag in Berlin in namentlicher Abstimmung 410 Abgeordnete. 226 Abgeordnete waren gegen den Antrag, es gab sieben Enthaltungen. »Es ist ein Zeichen europäischer Solidarität, das wir hier geben«, sagte Finanzminister Olaf Scholz (SPD/Foto). Der Bundestagsabgeordnete Fabio De Masi (Die Linke) entgegnete: »Griechenland wurde das härteste Kürzungspaket einer Industrienation seit dem Zweiten Weltkrieg auferlegt. Die öffentliche Schuldenquote stieg jedoch von etwa 120 Prozent der Wirtschaftskraft auf 180 Prozent, weil Kürzungspakete die Depression vertieften.« (dpa/jw)

14 Tote durch Polizeikugeln im Jahr 2017

Statistik: Alle fünf Tage schießt ein Polizist auf einen Menschen

Polizisten haben im vergangenen Jahr 14 Menschen in der Bundesrepublik erschossen. Zudem seien 39 Menschen durch Polizeischüsse verletzt worden. Die Zahlen stammen aus einer Erhebung der »Deutschen Hochschule der Polizei« in Münster, die am Freitag veröffentlicht wurden. Demnach steigen die Zahlen seit einigen Jahren kontinuierlich – auf geringem Niveau, wie die Deutsche Pressagentur glaubte, es formulieren zu müssen.

2017 haben Polizisten demnach insgesamt 75mal auf Menschen geschos-

sen. Das entspricht rein rechnerisch einem Schuss alle fünf Tage. Den Angaben zufolge hätten in 13 der 14 Todesfälle Polizisten aus Notwehr oder Nothilfe abgedrückt. In einem Fall sei Fluchtverweigerung der Grund für den tödlichen Schuss gewesen.

Mit dem Bekanntwerden der Zahlen gingen zugleich Relativierungsversuche von Verantwortlichen einher. Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verwies auf zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte. Wenn jemand auf kurzer Distanz mit einem Messer bedroht

werde, befinde er sich in einer lebensbedrohlichen Situation. »Auf einen Menschen zu schießen und ihn dabei eventuell zu töten, ist für jeden Polizisten und für jede Polizistin eine persönliche Tragödie«, sagte er – wobei die Tragik für die Opfer von Polizeigewalt oder deren Angehörigen offenbar nicht gemeint war.

Wenig überraschend hatte auch der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, sofort eine Erklärung parat. Auch er verwies auf Angriffe mit Messern auf Polizisten, um im gleichen Atemzug Nach-

rüstungen für die Beamten zu fordern. Diesen fehle es an Elektroschockgeräten. »Mit ihnen ließe sich sicherlich der Einsatz der Schusswaffe in dem einen oder anderen Fall umgehen«, so Wendt.

Der Erhebung zufolge starben 2016 elf Menschen durch Polizeischüsse, 28 wurden verletzt. 2015 waren es zehn Tote und 22 Verletzte. Noch öfter als auf Menschen schießen Polizisten demnach auf Tiere. Für das vergangene Jahr zählte die Polizeihochschule 13.400 Fälle, bei denen gefährliche, kranke oder verletzte Tiere durch Polizeikugeln getötet wurden. (dpa/jw)

jw wird herausgegeben von 2.109 Genossinnen und Genossen (Stand 15.6.2018) www.jungewelt.de/lpg



4 198625 902000

6 0026